

Protokoll

**10. öffentliche Kreistagssitzung
vom 25.06.2018, Breese i.d.M., Gasthaus Grönecke**

Tagesordnung:

Vorlage-Nr

Öffentlicher Teil

- Eroffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
1. Genehmigung des Protokolls der 9. Kreistagssitzung am 12.03.2018
 2. Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten des Landkreises Luchow-Dannenberg und Beschlüsse des Kreisausschusses
 3. Stellenausweitung Fachdienst Jugend-Familie-Bildung, Fachgruppe I - Soziale Dienste 2018/890
 4. Wahl von Vertrauenspersonen für den Ausschuss beim Amtsgericht Dannenberg zur Wahl der Schöffen für die Amtszeit vom 01.01.2019 - 31.12.2023 2018/928
 5. Nachbesetzung im Jugendhilfeausschuss 2018/930
 6. Kuratoren in Kindertageseinrichtungen: hier Neubesetzung Kindergarten Gusborn 2018/931
 7. Ausweitung der Kita-Beitragsfreiheit für die Kindertagespflege 2018/919
 8. Änderung der Satzung Kindertagespflege 2018/920
 9. Annahme einer Sachspende in Form des hohenrettungstechnischen Equipments aus dem Bergwerk Gorleben von der Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) 2018/894
 10. Annahme einer Geldzuwendung in Höhe von 2.500,00 € für das Projekt Familien-Medien-Tage 2018 2018/940
 11. Ankauf eines Teilgrundstückes zur Verbesserung der verkehrlichen Erschließung des Schulzentrums Luchow 2018/935
 12. Übernahme einer selbstschuldnerischen Bürgschaft zugunsten der Luchow-Schmarsauer Eisenbahn GmbH (LSE) 2018/936
 13. Öffentlicher Auftrag (Betrauungsakt) an die Breitband Gesellschaft Luchow-Dannenberg mbH 2018/943
 14. Grundstücksubertragung vom Flecken Clenze auf den Landkreis Luchow-Dannenberg 2018/946
 15. Verkauf des Hallenbades Dannenberg an den Wasserverband Dannenberg-Hitzacker kAöR 2018/948
 16. Zuschussgewährung an die Musikschule Luchow-Dannenberg gGmbH ab 01.01.2019 2018/949
 17. Erstattung von Reisekosten - Weiterführung der "Klimaschutzpauschale" gemäß Kreistagsbeschluss vom 19.06.2017 2018/951
 18. Verfahrensänderung - Geschützter Landschaftsbestandteil "Gewassersystem der Jeetzel mit Quellwäldern" (FFH-Gebiet 247) 2018/915
 19. Beschlussfassung zur Naturschutzgebietsverordnung "Konau bei Braudel" 2018/907
 20. Beschlussfassung zur Naturschutzgebietsverordnung "Mittlere Dumme und Püggener Moor" 2018/908
 21. Beschlussfassung zur Naturschutzgebietsverordnung "Nemitzer Heide" 2018/909
 22. Anpassung der bestehenden Deichverteidigungsordnung (DVO) des Jeetzeldeichverbandes 2018/917
 23. Kenntnisnahme und Zustimmung zum Projekt Präventiver Hochwasserschutz - Erstellung eines Planungskonzeptes für eine Flutmulde am Weinberg in Hitzacker sowie Zustimmung zu einer außerplanmäßigen Ausgabe 2018/960
 24. Kenntnisnahme und Zustimmung zum Projekt Präventiver Hochwasserschutz - Erstellung eines Planungskonzeptes für die Engstelle Tiesmesland sowie Zustimmung zu einer außerplanmäßigen Ausgabe 2018/961
 25. Antrag der Gruppe grüneXsoli vom 25.10.2017, Einstellen eines Projektmanagers zur Förderung der biologischen Vielfalt 2017/761
 26. Antrag der Gruppe grüneXsoli vom 01.04.2018, Vorsorge im Umgang mit multiresistenten Keimen 2018/897
 27. Antrag der Gruppe grüneXsoli im Kreistag vom 30.10.2017: Runden Tisch "Integration" runder machen! 2017/782
 28. Antrag der Gruppe grüneXsoli vom 03.06.2018: Landkreis mietet Wohnungen an für Flüchtlinge 2018/955

- | | | |
|------|---|----------|
| 29. | Antrag Gruppe grüneXsoli vom 13.11.2017. Endlagersuche. Ausschlusskriterien anwenden! Gorleben aufgeben wegen Einbruchsee! | 2017/796 |
| 30. | Antrag Gruppe grüneXsoli vom 13.11.2017. Zwischenlager. Sicherheitskonzept untauglich! Genehmigungs- und Planungschaos beenden! | 2017/797 |
| 31. | Antrag der Gruppe grüneXsoli vom 20.03.2018. Ruckbau der Mauer in Gorleben. Makulatur, Scheinruckzug oder Beseitigung von Spuren? | 2018/888 |
| 32. | Antrag der SPD-Fraktion im Kreistag Luchow-Dannenberg vom 19.02.2018. Vorglühen, Komasaufen. Nofaufnahme - Alkoholmissbrauch bekämpfen, Prävention und Jugendschutz stärken | 2018/877 |
| 33. | Antrag der CDU-Fraktion im Kreistag vom 25.01.2018. Verwertungsmöglichkeiten von belasteten Böden gemäß LAGA (Landerarbeitsgemeinschaft Abfall) | 2018/838 |
| 34. | Antrag der Gruppe Elbe-Wendland vom 04.06.2018: Politisch motivierte Gewalt in Luchow-Dannenberg | 2018/959 |
| 35. | Einwohnerfragestunde (vorauss. 16.00 Uhr) | |
| 36. | Mitteilungen und Anfragen, | |
| 36.1 | Sachstand Breitband (Standiger TOP) | |
| 36.2 | Anfrage der Gruppe grüneXsoli vom 20.06.2018. Ist ein Audi A6 als Dienstwagen des Landrats angemessen und noch zeitgemäß? | |

Nicht öffentlicher Teil

- | | | |
|-------|---|----------|
| 37. | Eroffnung der nichtöffentlichen Sitzung | |
| 38. | Personalangelegenheiten. | |
| 39. | Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen | |
| 39.1. | Anfrage der Gruppe grüneXsoli vom 20.06.2018: Ist ein Audi A6 als Dienstwagen des Landrats angemessen und noch zeitgemäß? | 2018/965 |
| 39.2. | Anfrage KTA Behrens: EU-Fördermittel und Zuschüsse vom Landkreis an die Schäfererei in der Nemitzer Heide | |
| 39.3. | Anfrage KTA Behrens: Schafstall Nemitz - Versickerung der Jauche in die Erde | |
| 39.4. | Anfrage KTA Herzog: Überprüfung der ordnungsgemäßen Beweidung in der Nemitzer Heide durch die Schäfererei | |

Anwesend

Landrat Schulz, Jürgen	
KTA Allgayer-Reetze, Patricia	
KTA Bade, Heike	
KTA Behrens, Karl	
KTA Carmienke, Christian	
KTA Dehde, Klaus-Peter	abwesend ab 17:37 Uhr
KTA Donat, Martin	
KTA Dorendorf, Uwe	
KTA Fathmann, Bernard	
KTA Fricke, Christine	
KTA Gerstenkorn, Annegret	
KTA Gottberg, Wilhelm von	
KTA Hanke, Herbert	
KTA Henke, Olaf	
KTA Hennings, Matthias	abwesend ab 18.34 Uhr
KTA Hensel, Thorsten	
KTA Herzog, Kurt	
KTA Hildebrandt, Holger	
KTA Hillmer, Birgitta	
KTA Jasper, Andrea	abwesend ab 18.34 Uhr
KTA Kittmann, Dorothea	
KTA Klepper, Hermann-Dieter	
KTA Maury, Hans-Udo	abwesend ab 18.14 Uhr
KTA Mertins, Holger	
KTA Mützel, Bettina	
KTA Pape, Hartmut	abwesend ab 18.34 Uhr
KTA Pengel, Mechthild	
KTA Petersen, Andreas	
KTA Petersen, Torsten	
KTA Schaper-Biemann, Herbert	
KTA Schneeberg, Peter	abwesend ab 17.39 Uhr
KTA Schoning, Markus	abwesend ab 17.39 Uhr

KTA Schulz, Heinz	abwesend ab 17:39 Uhr
KTA Schulz, Henning	-entschuldigt-
KTA Siemke, Jorg Heinrich	
KTA Sperling, Udo	abwesend ab 17:39 Uhr
KTA Wiegrefe, Wolfgang	abwesend ab 17:34 Uhr
Erster Kreisrat Teske, Claudius	
Kreisbauoberratin Stellmann, Maria	
Schult, Uta, Fachdienstleiterin Personal und Zentrale Dienste	
Erlebach, Sylvia, Fachdienstleiterin Finanzen	
Schulz, Dagmar, Fachdienstleiterin Jugend-Familie-Bildung	
Lüth-Küntzel, Susanne, Fachdienstleiterin Soziales und Wirtschaftliche Hilfen	
Gleichstellungsbeauftragte Maatsch, Beate	
Leu, David, Stabstellenleiter Landratsbüro	
Raguschat, Anna, Protokollführung	
Beckmann, Anne-Kathrin, Anwarterin	

Es fehlen

KTA Gallei, Matthias	-entschuldigt-
KTA Henning Schulz	-entschuldigt-
KTA Kaufmann, Horst	-entschuldigt-
KTA Kelm, Andreas	-entschuldigt-
KTA Kiekhäfer, Klaus Dieter	-entschuldigt-
KTA Liebhaber, Manfred	-entschuldigt-
KTA Tzscheuschler, Joachim	-entschuldigt-

Beginn:	14:30 Uhr	Ende:	18:55 Uhr
		nichtöffentlicher Teil.	18:51- 18:55 Uhr

Öffentlicher Teil

. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Vorsitzender Mertins eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest

Zur Tagesordnung führt **Vorsitzender Mertins** aus, dass der TOP 32 „Antrag der SPD-Fraktion im Kreistag Luchow-Dannenberg vom 19.02.2018 „Vorglühen, Komasaufen, Notaufnahme - Alkoholmissbrauch bekämpfen, Prävention und Jugendschutz stärken“ und TOP 33 „Antrag der CDU-Fraktion im Kreistag vom 25.01.2018 „Verwertungsmöglichkeiten von belasteten Böden gemäß LAGA (Länderarbeitsgemeinschaft Abfall)“ erneut in den jeweiligen Fachausschüssen beraten werden und daher von der Tagesordnung abzusetzen sind

Beigeordneter Herzog erklärt, dass ausschließlich Frage der Anfrage der Gruppe grüneXsoli vom 20.06.2018 „Ist ein Audi A 6 als Dienstwagen des Landrats angemessen und noch zeitgemäß?“ im nicht öffentlichen Teil zu behandeln sei. Alle übrigen Fragen seien in öffentlicher Sitzung zu beantworten.

Vorsitzender Mertins stimmt den Ausführungen von Beigeordnetem Herzog zu. Die Anfrage werde im öffentlichen und nicht öffentlichen Teil der Sitzung beantwortet. Mit diesen Änderungen stellt **Vorsitzender Mertins** die Tagesordnung fest.

Es besteht Einvernehmen die Anfrage der Gruppe grüneXsoli vom 20.06.2018 „Ist ein Audi A 6 als Dienstwagen des Landrats angemessen und noch zeitgemäß?“, bis auf die Frage 2, im öffentlichen Teil der Sitzung zu beantworten.

1. Genehmigung des Protokolls der 9. Kreistagssitzung am 12.03.2017

KTA Herzog merkt an, dass es im TOP 4 „Webfehler“ heißen müsse.

Vorsitzender Mertins lässt über das Protokoll der 9. Kreistagssitzung am 12.03.2018 mit der Änderung „Webfehler“ abstimmen.

Das Protokoll der 9. Kreistagssitzung am 12.03.2017 wird mit der redaktionellen Änderung unter TOP 4, Äußerung von KTA Herzog, „Webfehler“ anstelle „Wegfehler“ genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja-Stimmen 35, Nein-Stimmen 0, Enthaltungen 1

2. Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten des Landkreises Lüchow-Dannenberg und Beschlüsse des Kreisausschusses
--

Landrat Schulz berichtet über die Beschlüsse der nachfolgenden Kreisausschusssitzungen.

Kreisausschusssitzung am 09.04.2018:

- Aussprache und ggf. Beschlussfassung über die Kooperation mit dem Rechnungsprüfungsamt - Bericht über die Evaluierung
- Kauf eines stationären Außengehäuses für eine mobile Geschwindigkeitsmessenanlage
- Weiteres Vorgehen zum Antrag der Gruppe grüneXsoli vom 01.06.2017.
Diskussion über Möglichkeiten in den Mensen der kreiseigenen Schulen grundsätzlich Essen aus biologisch angebauten Nahrungsmitteln bzw. aus artgerechter Tierhaltung (z.B. Neuland Bioland) anzubieten; Abfrage bei den Mensen

Kreisausschusssitzung am 07.05.2018:

- Kita-Bedarf in der Samtgemeinde Luchow: Entscheidung über die Ausschreibung für den Planbereich Clenze
- Kita-Bedarf in der Samtgemeinde Luchow: Entscheidung über die Ausschreibung für den Planbereich Luchow
- Kita-Bedarf in der Samtgemeinde Elbtalaue: Entscheidung über die Ausschreibung für den Planbereich Dannenberg
- Kita-Bedarf in der Samtgemeinde Elbtalaue: Erweiterung der Kita Gusborn um eine halbe Elementargruppe
- Auftragsvergabe K 1 von Luchow nach Zadrau, III. Bauabschnitt Seerau – Ranzaukanal
- Auftragsvergabe zum Ausbau der K 31 von Kusten bis Naulitz
- Antrag der AFD-Kreistagsfraktion vom 12.06.2017: dauerhafte Abdeckung der Salzhalde Gorleben
- Antrag der Gruppe grüneXsoli vom 25.10.2017: Mähen von Seitenstreifen an Kreisstraßen
- Antrag der SPD-Fraktion im Kreistag vom 05.12.2017 zur Umsetzung des neuen Prostituiertenschutzgesetzes

Kreisausschusssitzung am 28.05.2018:

- Unbefristete Niederschlagung rückständiger Forderungen in Höhe von 13.290,11 EUR
- Teilforderungsverzicht aus Forderungen für gezahlte Heimkosten nach dem SGB XII aus dem FD 57
- Auftragsvergabe eines Rahmenvertrages für Arbeitsplatzendgeräte

Kreisausschusssitzung am 18.06.2018:

- Schlussbericht über die Prüfung des Produktes 36301 (Erziehungs- und Eingliederungshilfen) im Fachdienst 51 Jugend - Familie - Bildung durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Lüneburg unter Berücksichtigung der im Beschluss des Kreisausschusses vom 11.12.2017 gestellten Prüfungsfragen
- Vergabe Kulturförderung 2018
- Antrag der SPD-Fraktion im Kreistag Luchow-Dannenberg vom 19.02.2018: Vorglühen, Komasaufen, Notaufnahme - Alkoholmissbrauch bekämpfen, Prävention und Jugendschutz stärken
- Auftragsvergabe Kopiergeräte/ Multifunktionsgeräte
- Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 05.12.2017: Beitritt des Landkreises zur Charta zur Betreuung Schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland
- Antrag der CDU-Fraktion im Kreistag vom 25.01.2018: Verwertungsmöglichkeiten von belasteten Böden gemäß LAGA (Länderarbeitsgemeinschaft Abfall)
- Ergebnis des Antrags der Gruppe grüneXsoli vom 25.01.2018 zum Einrichten von Schutzstreifen (Fahrradpiktogrammen) für den Fahrradverkehr an Kreisstraßen innerhalb geschlossener Ortschaften

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

FDL Schult erläutert den Sachverhalt gemäß der Sitzungsvorlage. Nach externer Stellenbemessung liege derzeit im Fachdienst Jugend-Bildung-Schule ein Personaldefizit von 4,0 VZA im sozialen Dienst und 1,5 VZÄ im Leitungsbereich vor

KTA Carmienke schildert, dass die CDU-Fraktion eine Personalausweitung befürworte, jedoch mit einer teilweisen Befristung der Stellen. Hintergrund der Befristung sei, dass durch eine Personalausweitung effektivere Arbeitsabläufe, eine bessere Datenbankpflege sowie neue Prozessketten entstünden, daher sei es sinnvoll, in 2 Jahren eine erneut interne Personalbemessung durchzuführen. Er bittet jedoch, um den Zusatz ‚(z. B. Prozessketten und Datenbankpflege)‘ im dritten Absatz des Änderungsantrages der CDU-Fraktion vom 27.05.2018.

KTA Schaper-Biemann verweist auf das vorliegende Gutachten. Dieses sehe keine Befristung vor, daher schließe er sich dem Beschlussvorschlag der Verwaltung an.

1. Abstimmung - Beschlussempfehlung gemäß Sitzungsvorlage

Im Vorgriff auf einen Nachtragsstellenplan werden die vorhandenen Stellenanteile im sozialen Dienst des Fachdienstes 51 –Jugend-Familie-Bildung- um insgesamt 4,0 VZÄ S 14 sowie 1,5 VZÄ S 15 gegenüber dem derzeitigen Stand ausgeweitet und bereits besetzt. Die im Rahmen des Entwicklungsprojektes bewilligten Stellen (1,0 VZÄ Sozialer Dienst und 1,0 VZÄ Verwaltung/Assistenz) werden entfristet.

mehrheitlich abgelehnt: Ja-Stimmen. 11, Nein-Stimmen. 21, Enthaltung. 3

2. Abstimmung - Beschlussempfehlung gemäß Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 27.05.2018 und Ergänzungen gemäß Vortrag

Im Vorgriff auf einen Nachtragsstellenplan werden die vorhandenen Stellenanteile im sozialen Dienst des Fachdienstes 51 –Jugend-Familie-Bildung- um insgesamt 1,0 VZÄ S 14 unbefristet und 3 VZÄ S 14 befristet auf zwei Jahre besetzt. 1,5 VZÄ S 15 werden gegenüber dem derzeitigen Stand ausgeweitet und bereits besetzt.

Die im Rahmen des Entwicklungsprojektes bewilligten Stellen (1,0 VZÄ Sozialer Dienst und 1,0 VZÄ Verwaltung/Assistenz) werden entfristet.

Die von dem Gutachter „INSO“ vorgeschlagenen Änderungen zur effektiveren Gestaltung in den Arbeitsprozessen werden zeitnah umgesetzt (z. B. Prozessketten und Datenbankpflege).

Die Fachdienstleitung wird halbjährlich über den Umsetzungsstand der Umgestaltung der Arbeitsprozesse und der Budgetentwicklung im Jugendhilfeausschuss und im FiCo- Ausschuss berichten.

In zwei Jahren wird die Verwaltung eine neue interne Personalbemessung durchführen. Mögliche, erforderliche daraus resultierende Personalveränderungen werden dann dem Kreistag wieder vorgelegt.

Im Falle einer erfolglosen Ausschreibung der befristeten Stellen erfolgt die Beschlussfassung zur unbefristeten Stellenausschreibung durch den Kreisausschuss.

Abstimmungsergebnis mehrheitlich beschlossen Ja-Stimmen. 29, Nein-Stimmen. 6, Enthaltungen: 0

Vorsitzender Mertins lässt über den Beschlussvorschlag gemäß Kreisausschuss abstimmen

Auf Vorschlag der im Kreistag vertretenen CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der UWG-Fraktion, zusammen geschlossenen zur Gruppe „Elbe-Wendland“, sowie der Grüne-Fraktion und der Soli-Fraktion, zusammen geschlossen zur Gruppe „grüneXsoli“ als auch von der AfD-Fraktion werden folgende Vertrauenspersonen für den Ausschuss zur Wahl der Schöffen beim Amtsgericht Dannenberg für die Amtszeit vom 01.01.2019 bis 31.12.2023 gewählt:

1. Auf Vorschlag der Gruppe „Elbe-Wendland“:

1. **Torsten Petersen**, Seerau 1 d Lucie 36b, 29439 Lüchow (Wendland)
2. **Herbert Hanke**, Schmarsauer Straße 39, 29451, Dannenberg (Elbe)
3. **Horst Kaufmann**, Trabuhn 40, 29485 Lemgow
4. **Heike Bade**, An der kleinen Trift 11, 29491 Prezelle
5. **Birgitta Hillmer**, Dommatzen 13, 29496 Waddewitz

2. Auf Vorschlag der Gruppe „grüneXsoli“:

- 1 Dorothea Kittmann, Berliner Straße 10, 29451 Dannenberg (Elbe)

3. Auf Vorschlag der AfD-Fraktion:

- 1 Patricia Allgayer-Reetze, Braasche Nr 3, 29499 Zernien

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja-Stimmen 35, Nein-Stimmen 0, Enthaltungen 1

5. Nachbesetzung im Jugendhilfeausschuss	2018/930
---	----------

Vorsitzender Mertins erklärt Frau Alina Wegener als Wahlvorschlag 1 und Frau Branka Drvis als Wahlvorschlag 2 Als Stimmenauszähler benennt Vorsitzender Mertins KTA Pape, KTA Fricke und KTA Hanke.

Der Kreistag des Landkreises Lüchow-Dannenberg wählt Frau Alina Wegener als Nachfolgerin für Frau Sarah Fandrich als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Wahlvorschlag 1 30 Ja-Stimmen
Wahlvorschlag 2 5 Ja-Stimmen
Enthaltungen 1

6. Kuratorien in Kindertageseinrichtungen: hier Neubesetzung Kindergarten Gusborn	2018/931
--	----------

Es ergeben sich keine Wortmeldungen

Vorsitzender Mertins lässt über Beschlussvorschlag der Gruppe Elbe-Wendland abstimmen

Für die Vertretung des Landkreises im Kuratorium werden benannt:

Das Vorschlagsrecht liegt für alle Mitglieder bei der Gruppe Elbe-Wendland

	ordentliches Mitglied	Stellvertreter/in zu:
1. Kindergarten Gusborn (Perspektive gGmbH)	2.1 Frau Bettina Mützel 2.2 Herr Hartmut Ringel	2.1 Frau Heike Bade 2.2 Herr Christian Carmienke

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen Ja-Stimmen 33, Nein-Stimmen 1, Enthaltungen 2

7. Ausweitung der Kita-Beitragsfreiheit für die Kindertagespflege	2018/919
--	----------

Es ergeben sich keine Wortmeldungen

Vorsitzender Mertins lasst über den Beschlussvorschlag gemäß Kreisausschusssitzung abstimmen

Vorbehaltlich der Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder werden Kinder in Kindertagespflege ab Vollendung des 3. Lebensjahres analog der Beitragsfreiheit für Kinder in Kindertageseinrichtungen für bis zu 8 Stunden/Tag beitragsfrei gestellt. Der Landkreis Lüchow-Dannenberg verzichtet auf die Erhebung von Elternbeiträgen und berücksichtigt die Sonderregelung im Rahmen der Neufassung der Satzung der Kindertagespflege mit Wirksamkeit zum 01.08.2018. Diese Regelung gilt nachrangig zu einer Finanzierung durch das Land Niedersachsen.

Abstimmungsergebnis einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 36, Nein-Stimmen 0, Enthaltungen. 0

8. Änderung der Satzung Kindertagespflege	2018/920
--	----------

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Mertins lasst über den Beschlussvorschlag gemäß Kreisausschusssitzung abstimmen

Die Satzung über die Förderung der Kindertagespflege und zur Erhebung von Kostenbeiträgen für Kindertagespflege gemäß den §§ 22 bis 24, 43 und 90 Sozialgesetzbuch VIII (Satzung Kindertagespflege) wird entsprechend der Anlage 1a, 1b und 1c, Stand Mai 2018, neugefasst. Sie tritt mit Wirkung zum 01.08.2018 in Kraft.

Abstimmungsergebnis einstimmig beschlossen Ja-Stimmen 35, Nein-Stimmen 0, Enthaltungen. 1

9. Annahme einer Sachspende in Form des höhenrettungstechnischen Equipments aus dem Bergwerk Gorleben von der Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE)	2018/894
---	----------

Es ergeben sich keine Wortmeldungen

Vorsitzender Mertins lässt über den Beschlussvorschlag gemäß Sitzungsvorlage abstimmen

Der Kreistag beschließt die Annahme einer Sachspende in Form des höhenrettungstechnischen Equipments aus dem Bergwerk Gorleben von der Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH im Wert von ca. 37.000 EUR.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja-Stimmen 36, Nein-Stimmen: 0, Enthaltungen 0

10. Annahme einer Geldzuwendung in Höhe von 2.500,00 € für das Projekt: Familien-Medien-Tage 2018	2018/940
--	----------

Es ergeben sich keine Wortmeldungen

Vorsitzender Mertins lasst über den Beschlussvorschlag gemäß Sitzungsvorlage abstimmen.

Der Kreistag beschließt die Annahme einer Geldzuwendung in Höhe von 2.500,00 € von der Sparkassenstiftung Jugend, Bildung und Sport für Lüchow-Dannenberg für das Projekt: Familien-Medien-Tage 2018.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja-Stimmen. 36, Nein-Stimmen: 0, Enthaltungen 0

11. Ankauf eines Teilgrundstückes zur Verbesserung der verkehrlichen Erschließung des Schulzentrums Lüchow

2018/935

FDL Erlebach erläutert den Sachverhalt gemäß Sitzungsvorlage

Es ergeben sich keine Wortmeldungen

Vorsitzender Mertins lässt über den Beschlussvorschlag gemäß Sitzungsvorlage abstimmen

Der Kreistag beschließt den Ankauf eines Teilgrundstückes von ca. 430 m² zum Preis von 32 EUR/m², insgesamt also 13.760 EUR, von der Fa. Werkhaus GmbH.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 33, Nein-Stimmen 0, Enthaltungen 2

12. Übernahme einer selbstschuldnerischen Bürgschaft zugunsten der Lüchow-Schmarsauer Eisenbahn GmbH (LSE)

2018/936

FDL Erlebach erläutert den Sachverhalt gemäß Sitzungsvorlage

KTA Carmienke erfragt die rechtliche Notwendigkeit für diese Ausgabe.

FDL Erlebach antwortet, dass der OPNV standartgemäß ausgeführt werde solle. Hierzu zähle auch das Echtheitsinformationssystem

KTA Schulz bittet um Auskunft über die technische Ausstattung

KBOR Stellmann erklärt, dass der entscheidende Vorteil des Echtheitsinformationssystems darin liege, dass die Busse mit Bordrechnern ausgestattet seien, sodass Fahrkarten verortet und abgerechnet werden könnten. Die gespeicherten Daten seien letztlich auslesbar und dienen der Routenoptimierung und Routenplanung

KTA Hensel äußert seine Zustimmung und hebt hervor, dass diese Investition auch dann anstehe, wenn es keine Forderung gebe. Es sei dringend erforderlich die Busse mit den Bordrechnern auszustatten, insbesondere für Menschen mit Handicaps sei die sprachliche Ansage hilfreich

Vorsitzender Mertins lässt über den Beschlussvorschlag gemäß Sitzungsvorlage abstimmen

Der Übernahme einer selbstschuldnerischen Bürgschaft gem. § 121 Abs. 2 NKomVG zugunsten der Lüchow-Schmarsauer-Eisenbahn GmbH (LSE) in Höhe von 536.456,00 EUR wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 35, Nein-Stimmen 0, Enthaltungen 0

13. Öffentlicher Auftrag (Betrauungsakt) an die Breitband Gesellschaft Lüchow-Dannenberg mbH

2018/943

FDL Erlebach erläutert den Sachverhalt gemäß Sitzungsvorlage

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Mertins lässt über den Beschlussvorschlag gemäß Sitzungsvorlage abstimmen.

Der Kreistag beschließt,

- die Betrauung der Breitbandgesellschaft Lüchow-Dannenberg mit dem als Anlage beigefügten öffentlichen Auftrag mit den darin beschriebenen Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse.
- die Verwaltung zu ermächtigen, redaktionelle Anpassungen an dem Vertrag vorzunehmen, wenn diese erforderlich werden, soweit diese den wesentlichen Inhalt des Beschlusses nicht verändern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 32, Nein-Stimmen 0, Enthaltungen 3

14. Grundstücksübertragung vom Flecken Clenze auf den Landkreis Lüchow-Dannenberg	2018/946
--	-----------------

FDL Erlebach erläutert den Sachverhalt gemäß Sitzungsvorlage

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Mertins lässt über den Beschlussvorschlag gemäß Sitzungsvorlage abstimmen.

Der Kreistag nimmt die Schenkung eines Teilstücks des Flurstückes 174/90 der Flur 3 der Gemarkung Clenze mit einer Größe von maximal 5.200 m² vom Flecken Clenze an.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja-Stimmen 35, Nein-Stimmen. 0, Enthaltungen. 0

15. Verkauf des Hallenbades Dannenberg an den Wasserverband Dannenberg-Hitzacker kAöR	2018/948
--	-----------------

FDL Erlebach erläutert den Sachverhalt gemäß Sitzungsvorlage

KTa Carmienieke äußert seine Zufriedenheit über den Verkauf an den Wasserverband, um zukünftig die notwendigen Sanierungsmaßnahmen vornehmen und den Schulunterricht weiterhin stattfinden lassen zu können.

KTa Herzog äußert ebenfalls seine Zufriedenheit. Er erwähnt jedoch, dass die Betriebsübertragung in der Vergangenheit nur sehr schwer durchsetzbar gewesen sei, da die Schließung des Hallenbades bereits 2003 auf der sog. „Sparliste“ gestanden habe. Die Übertragung des Gebäudes sei jedoch aus seiner Sicht bereits seit Jahren unter vertraglichen Voraussetzungen möglich gewesen.

Vorsitzender Mertins lässt über den Beschlussvorschlag gemäß Sitzungsvorlage abstimmen.

Der Kreistag beschließt den Verkauf einer noch zu vermessenden Teilfläche von ca. 2.250 m² aus dem Flurstück 29/23, der Flur 14 der Gemarkung Dannenberg, welches mit dem Hallenbad bebaut ist, an den Wasserverband Dannenberg-Hitzacker kAöR zum Preis von 16 EUR/m² insgesamt 36.000 EUR.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja-Stimmen 35, Nein-Stimmen 0, Enthaltungen 1

16. Zuschussgewährung an die Musikschule Lüchow-Dannenberg gGmbH ab 01.01.2019	2018/949
---	-----------------

Landrat Schulz erläutert den Sachverhalt gemäß der Sitzungsvorlage.

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Mertins lässt über den Beschlussvorschlag gemäß Kreisausschusssitzung abstimmen.

Der Kreistag beschließt, der Musikschule Lüchow-Dannenberg gGmbH jährlich einen Zuschuss in Höhe von 280.000,- EUR für die Dauer von 10 Jahren zu gewähren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen. Ja-Stimmen 36, Nein-Stimmen. 0, Enthaltungen. 0

17. Erstattung von Reisekosten - Weiterführung der "Klimaschutzpauschale" gemäß Kreistagsbeschluss vom 19.06.2017	2018/951
--	-----------------

Landrat Schulz informiert, dass sich nach einjähriger Testphase gezeigt habe, dass der seinerzeit gefasste Beschluss keine relevanten finanziellen Auswirkungen habe, sodass der Weiterführung der Klimaschutzpauschale nichts entgegenstehe.

Vorsitzender Mertins lässt über den Beschluss gemäß Sitzungsvorlage abstimmen.

Der Kreistag beschließt:

- 1.) Zur Förderung des Klimaschutzes wird den Kreistagsabgeordneten zur An- und Abreise zu Sitzungen mit dem Fahrrad, E-Bikes und Pedelecs oder als Mitfahrer eine „Klimaschutzpauschale“ als Differenz zwischen der PKW- und der Fahrrad-Nutzung gemäß den Aufwandsentschädigungen lt. Entschädigungssatzung gewährt.
- 2.) Die Entschädigungssatzung – ES wird entsprechend geändert.

Abstimmungsergebnis einstimmig beschlossen Ja-Stimmen 35, Nein-Stimmen 0, Enthaltungen 1

18. Verfahrensänderung - Geschützter Landschaftsbestandteil "Gewässersystem der Jeetzel mit Quellwäldern" (FFH-Gebiet 247)

2018/915

KTA Carmienke beantragt die eine gemeinsame Beratung zu den Tagesordnungspunkten 18, 19 und 20

Vorsitzender Mertins lässt über den Antrag von KTA Carmienke abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen 32, Nein-Stimmen 4, Enthaltungen 0

KBOR Stellmann erläutert den Sachverhalt gemäß der Sitzungsvorlage. Gemäß eines nun vorliegenden Verwaltungsgerichtsurteils und einer Stellungnahme des Bauernverbandes Nordostniedersachsen e.V. sei absehbar, dass das derzeit beschlossene Schutzregime zur Ausweisung des FFH-Gebietes 247 als Geschützten Landschaftsbestandteil rechtlich nicht ausreichend sei. Daher müsse nun eine Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet erfolgen. Für das FFH-Gebiet 278 'Konau bei Braudel' habe sich der Kreisausschuss entgegen der seinerzeit beschlossenen Ausweisung als Naturschutzgebiet für eine Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet ausgesprochen. Inhaltliche habe dies keine relevanten Auswirkungen. Für die Eigentümer bedeute dies jedoch, dass mit dieser Schutzgebietsausweisung kein Vorkaufsrecht des Landes Niedersachsen bestehe. Für das FFH 75 'Mittlere Dumme und Püggener Moor' und FFH 42 'Nemitzer Heide' müsse aufgrund der vorhandenen Schutzgüter und den daraus erforderlichen Betretungsregelungen die Ausweisungen als Naturschutzgebieten erfolgen.

KTA Klepper weist eindringlich auf die Belastung der Natur und den Rückgang der Artenvielfalt hin. Es liege eine grundlegende Notwendigkeit für die Ausweisung von Natura 2000-Schutzgebiete vor. Die Quellwälder im westlichen Teil müsse man aufgrund des Schutzgutes als Naturschutzgebiet ausweisen, da dieses einen höherrangigeren Stellenwert genieße. Gleiches gelte auch für das Schutzgebiet „Konau bei Braudel“.

KTA Henke erklärt der Naturschutz müsse im Einklang und der Akzeptanz der Eigentümer und Bewirtschafter erfolgen. In der Ausweisung der Gebiete sehe er einen Eingriff in das Privateigentum, da diese für die Eigentümer und Bewirtschafter erhebliche Auswirkungen habe, insbesondere durch Wertminderung des Grundstückes. Die Beteiligung und Abstimmung mit den Betroffenen sei in den Verfahren nicht ausreichend erfolgt. Des Weiteren sehe er in der reinen Schutzausweisung keinen effektiven Nutzen, wenn nicht auch die notwendige Kontrolle und Sanktionierung von Fehlverhalten erfolge. Daher lehne die AfD-Kreistagsfraktion die vorliegenden Satzungsentwürfe für die „Mittlere Dumme und Püggener Moor“ und die „Nemitzer Heide“ ab.

Landrat Schulz weist die Aussage der unzureichenden Beteiligung der Betroffenen entschieden zurück. Das gesetzliche Ausweisungsverfahren sehe die reine Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und die öffentliche Auslegung vor. Der Landkreis habe freiwillig darüber hinaus Arbeitskreise, u. a. mit Vertretern der Landwirtschaft, der Gemeinden und des Naturschutzes, für jedes einzelne Schutzgebiet gebildet, um die Inhalte der Verordnung gemeinsam zu erarbeiten und zu diskutieren. Die Beteiligung der Bevölkerung sei daher erfolgt. Nach Inkrafttreten der Verordnung bestehe durchaus die Möglichkeit, Befreiungen zu gewähren, jedoch nach Prüfung des Einzelfalles.

KTA Wiegrefe schildert einen Einzelfall eines Biolandwirtes in der Nemitzer Heide. Dieser sei in seiner Bewirtschaftung zum Teil eingeschränkt, da er auf seinen Grünlandflächen keinen organischen Dünger ausbringen dürfe, obwohl dies gemäß Biolandverordnung zulässig sei. Ein konventioneller Landwirt dürfe hingegen seinen chemisch gebundenen Dünger ausbringen. Dies sei ein Konstruktionsfehler in der Verordnung. Daher wunsche er, dass für diesen Einzelfall nach Inkrafttreten der Verordnung, die Regelung geändert werde.

Landrat Schulz stellt klar, dass nach kurzfristiger Prüfung der Sachlage - zunächst vorbehaltlich - der Hintergrund sei, dass einige Vogelarten empfindlich auf bestimmte Gerüche reagieren würden, sodass Flächen mit Naturdünger gemieden werden, wohingegen ein Kunstdünger keine Gerüche abgebe. Sollte es

sich bei dieser Fläche um die bekannte Kiebitz-Wiese handeln, so wurde nach derzeitigem Stand eine Befreiung womöglich nicht möglich sein. Dies müsse jedoch geprüft werden und ggf. in diesem Zusammenhang auch eine Entschädigungszahlung. Soweit vertretbar, könne man für das sonstige Grünland nach Prüfung im Einzelfall Ausnahmen erteilen. Hierzu müsse es Gespräche mit den Betroffenen und der Verwaltung geben. Eine Verordnung könne keinen Einzelfall regeln.

KTA Wiegrefe weist darauf hin, dass die Verordnung „Mittlere Dumme und Püggener Moor“ und „Nemitzer Heide“ diesbezüglich unterschiedlich seien.

KBOR Stellmann erklärt darauf hin, dass dies mit den im Gebiet vorhandenen Güllenachweisflächen zusammenhänge. Diese seien von den Verboten der Verordnung ausgenommen.

KTA Donat hebt hervor, dass als betroffene Bevölkerung nicht allein die Grundstückseigentümer zu definieren seien. Die Konau beinhalte kaum vorhandene Altbestände. Die langjährige Bewirtschaftung habe zwar zum Schutzgut geführt, jedoch bedeute dies nicht, dass auch zukünftig weiter so bewirtschaftet werde.

KTA Dorendorf schildert, dass der Widerstand der Eigentümer in dem Gebiet „Konau bei Braudel“ am größten gewesen sei. Für den Eigentümer stelle die Ausweisung eine kalte Enteignung dar, da die Flächen aus wirtschaftlicher Sicht an Wert verlieren würden.

1. Abstimmung - Änderungsantrag KTA Klepper

Der Kreistag beschließt die Sicherung des FFH-Gebietes 247 "Gewässersystem der Jeetzel mit Quellwäldern" unter Verweis auf die Beikarte zum Beschlussvorschlag Nr. 2017/798 in folgenden zwei Schutzgebietsverordnungen:

1. Die westlichen Teile (Mühlenbäche, Quellwälder und Zuflüsse, bis zum Beginn der Bedeichung) werden als Naturschutzgebiet ausgewiesen.
2. Der Ostteil des FFH-Gebietes (Alte Jeetzel und restliche Gewässer, ab Beginn der Bedeichung) wird als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen.

mehrheitlich abgelehnt Ja-Stimmen. 8, Nein-Stimmen. 22, Enthaltungen. 6

2. Abstimmung - Beschlussempfehlung gemäß Sitzungsvorlage.

Der Kreistag beschließt die Sicherung des FFH-Gebietes 247 „Gewässersystem der Jeetzel mit Quellwäldern“ als Landschaftsschutzgebiet (LSG). Darüber hinaus nimmt der Kreistag zur Kenntnis, dass dieses Schutzgebietsverfahren, abweichend zu den bisherigen Schutzgebietsverfahren, nur über das rein gesetzlich vorgeschriebene Unterschutzstellungsverfahren zur Einhaltung des vom Niedersächsischen Umweltministerium (NMU) vorgegeben Zeitplans umgesetzt werden kann. Gleichzeitig wird der Beschluss vom 18.12.2017 (Geschützter Landschaftsbestandteil) aufgehoben.

Abstimmungsergebnis mehrheitlich beschlossen Ja-Stimmen: 27, Nein-Stimmen. 9, Enthaltungen. 0

19. Beschlussfassung zur Naturschutzgebietsverordnung "Konau bei Braudel"	2018/907
--	----------

Vorsitzender Mertins lässt über den Beschlussvorschlag gemäß Kreisausschusssitzung abstimmen

Der Kreistag beschließt die Ausweisung des FFH-Gebietes 278 "Konau bei Braudel" als Landschaftsschutzgebiet.

Abstimmungsergebnis mehrheitlich beschlossen Ja-Stimmen: 27, Nein-Stimmen: 9, Enthaltungen. 0

20. Beschlussfassung zur Naturschutzgebietsverordnung "Mittlere Dumme und Püggener Moor"	2018/908
---	----------

Vorsitzender Mertins lässt über den Beschlussvorschlag gemäß Kreisausschusssitzung abstimmen

Der Kreistag beschließt die Naturschutzgebietsverordnung "Mittlere Dumme und Püggener Moor".

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen Ja-Stimmen. 30, Nein-Stimmen: 5, Enthaltungen. 1

21. Beschlussfassung zur Naturschutzgebietsverordnung "Nemitzer Heide"	2018/909
---	----------

Vorsitzender Mertins lasst über den Beschlussvorschlag gemäß Kreisausschusssitzung abstimmen.

Der Kreistag beschließt die Naturschutzgebietsverordnung "Nemitzer Heide".

Abstimmungsergebnis mehrheitlich beschlossen Ja-Stimmen. 26, Nein-Stimmen 4, Enthaltungen 6

22. Anpassung der bestehenden Deichverteidigungsordnung (DVO) des Jeetzeldeichverbandes	2018/917
--	----------

KBOR Stellmann erläutert den Sachverhalt gemäß der Sitzungsvorlage

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Mertins lasst über den Beschlussvorschlag gemäß Sitzungsvorlage abstimmen

Der 1. Änderung der Verordnung des Landkreises Lüchow-Dannenberg über die Deichverteidigung im Jeetzeldeichverband vom 18.12.2015 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 33, Nein-Stimmen 0, Enthaltungen: 0

23. Kenntnisnahme und Zustimmung zum Projekt: Präventiver Hochwasserschutz - Erstellung eines Planungskonzeptes für eine Flutmulde am Weinberg in Hitzacker sowie Zustimmung zu einer außerplanmäßigen Ausgabe	2018/960
---	----------

KBOR Stellmann erläutert den Sachverhalt gemäß der Sitzungsvorlage

Es ergeben sich keine Wortmeldungen

Vorsitzender Mertins lasst über den Beschlussvorschlag gemäß Sitzungsvorlage abstimmen.

Der außerplanmäßigen Einnahme/Ausgabe für die Planung und Umsetzung der Flutmulde am Weinberg in Hitzacker in Höhe von 100.000 Euro wird, im Rahmen der hundertprozentigen Förderung durch das Land, zugestimmt.

Abstimmungsergebnis einstimmig beschlossen Ja-Stimmen. 35, Nein-Stimmen 0, Enthaltungen 0

24. Kenntnisnahme und Zustimmung zum Projekt: Präventiver Hochwasserschutz - Erstellung eines Planungskonzeptes für die Engstelle Tiesmesland sowie Zustimmung zu einer außerplanmäßigen Ausgabe	2018/961
---	----------

KBOR Stellmann erläutert den Sachverhalt gemäß der Sitzungsvorlage

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Mertins lässt über den Beschlussvorschlag gemäß Sitzungsvorlage abstimmen

Der außerplanmäßigen Einnahme/ Ausgabe für die Planung und Umsetzung des präventiven Hochwasserschutzes für die Engstelle Tiesmesland in Höhe von 25.000 Euro wird, im Rahmen der hundertprozentigen Förderung durch das Land, zugestimmt.

Abstimmungsergebnis einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 36, Nein-Stimmen: 0, Enthaltungen 0

KTA Klepper erläutert umfangreich den Hintergrund der Antragstellung gemäß der Sitzungsvorlage. Es solle in der Verwaltung eine neue Personalstelle durch eine Fachkraft geschaffen werden, welche die Artenvielfalt im Landkreis, außerhalb der Schutzgebiete, fördere. Zu diesem Aufgabenbereich zähle u. a. die Vermessung von Wegeseitenrändern, die Schaffung von Hecken oder blühenden Feldrändern und die Verringerung von Pestiziden.

Vorsitzender Mertins lässt über den Beschlussvorschlag gemäß Sitzungsvorlage abstimmen.

Der Fachausschuss UNLF empfiehlt dem KA sowie dem KT folgenden Beschluss zu fassen:
Zur Förderung der Artenvielfalt wird im FD 67 eine zusätzliche technische Stelle geschaffen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt. Ja-Stimmen: 8, Nein-Stimmen: 26, Enthaltungen: 2

KTA Klepper erklärt, dass sich sein Antrag in zwei Teile gliedere. Zum einen müsse dafür Sorge getragen werden, dass überall dort, wo Antibiotika in den Ställen eingesetzt werde, auch eine Kontrolle erfolgen müsse. Zum zweiten solle eine Anregung an die Landesregierung ergehen, dass Ställe, in denen Antibiotika eingesetzt werde, entsprechend kontrolliert werden.

KTA Henke kritisiert, dass mit einem solchen Antrag die Vorverurteilung und Deformierung der Landwirtschaft im Vordergrund stehe. Vielmehr seien auch andere Bereiche in die Betrachtung mit einzubeziehen u. a. vordergründig die Humanmedizin und der Heimtierbereich.

KTA Fathmann hält eine Untersuchung für entbehrlich, da das Ergebnis aus seiner Sicht bereits im Vorfeld feststehe. Antibiotikaresistente Keime gebe es überall.

KTA Donat betont, dass hierbei nicht die kleinbäuerlichen Landwirtschaftsbetriebe im Fokus stünden, sondern vielmehr die industrielle Landwirtschaft, welche in einer hohen Abhängigkeit zu Tierärzten sowie zur Chemie- und Zuliefererindustrie stehe. Genau diese würden auch den Familienbetrieben schaden. Aufgrund des massenhaften Einsatzes von Antibiotika aus Profitgründen würden sich multiresistente Keime erst entwickeln.

KTA Carmienieke fügt an, dass Antibiotika in Futtermitteln bereits seit dem Jahre 2001 nicht mehr zulässig seien.

Landrat Schulz weist auf die Zuständigkeiten hin. In all diesen Rechtsbereichen liege die Zuständigkeit beim Land Niedersachsen, sodass diese Thematik zwar dort vorgetragen werden könne, jedoch stehe es dem Kreistag nicht zu, über derartige Untersuchungen zu entscheiden.

KTA Siemke weist darauf hin, dass die Landwirtschaft im Landkreis aufgrund der Schutzgebiete und des Biosphärenreservats aus vielen kleinen Familienbetrieben bestehe, welche die Bewirtschaftung, wie sie bereits vor Jahrzehnten durchgeführt worden sei, weiterführen. Daher sei die geschilderte Problematik für den Landkreis nicht so relevant, wie in anderen Bereichen Deutschlands. Um diese kleinen Betriebe auch weiterhin erhalten zu können, dürfe man sie nicht noch zusätzlich mit Auflagen belasten.

KTA Hennings ergänzt, dass gemäß neuer Antibiotika-Verordnung, beispielsweise bei kranken Kühen, zunächst ein Resistenztest durch den Tierarzt durchgeführt werde. Erst mit Vorliegen des Ergebnisses erfolge dann ein punktueller Einsatz.

Der Antragsteller zieht den ersten Teil des Antrages zurück.

1. Der Kreistag beschließt, aus Gründen der Vorsorge (Vorsorgeprinzip) Abluft und Gülle in Tierställen, in denen Antibiotika eingesetzt werden, auf multiresistente Keime zu untersuchen.

Vorsitzender Mertins lässt über den zweiten Teil des Antrages abstimmen.

2. Der Kreistag regt bei der Landesregierung an, aus Gründen der Vorsorge (Vorsorgeprinzip) eine Verordnung zu erlassen, die vorgibt, Abluft und Gülle in Tierhaltungsställen, in denen Antibiotika

eingesetzt werden, auf multiresistente Keime zu untersuchen.

Abstimmungsergebnis mehrheitlich abgelehnt Ja-Stimmen: 13, Nein-Stimmen: 19, Enthaltungen: 0

27. Antrag der Gruppe grüneXsoli im Kreistag vom 30.10.2017: Runden Tisch "Integration" runder machen!	2017/782
---	----------

KTA Herzog erklärt, dass mit diesem Antrag mehr Integrationserfahrung in den Runden Tisch einfließen solle

Vorsitzender Mertins lässt über den Beschlussvorschlag gemäß Kreisausschusssitzung abstimmen

Der Runde Tisch „Integration“ wird um eine Person auf insgesamt 21 Mitglieder erweitert. Hierbei soll es sich um eine Person mit Migrationsgeschichte handeln.

Abstimmungsergebnis einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 36, Nein-Stimmen: 0, Enthaltungen: 0

28. Antrag der Gruppe grüneXsoli vom 03.06.2018: Landkreis mietet Wohnungen an für Flüchtlinge	2018/955
---	----------

KTA Herzog erläutert, dass es derzeit weltweit 70 Mio. Flüchtlinge gebe. In Deutschland seien es im Jahre 2017 187 Tausend Flüchtlinge gewesen. Er kritisiert, dass in den vorangegangenen Gremiendebatten eine Vielzahl von Pauschalisierungen, beispielsweise ‚jeder‘, ‚immer‘, ‚alle‘, verwandt worden sei, welche Gründe darstellen sollen, um den Antrag abzulehnen. Gemäß Art. 14 Abs. 2 des Grundgesetzes verpflichte das Eigentum. Vor dem Hintergrund des eigenen demografischen Rückganges im Landkreis müsse daher Wohnraum zur Verfügung stehen. Die Ausführungen der Kreisverwaltung, dass Vermieter bereits signalisiert hätten, dass diese auch dann nicht an Flüchtlinge vermiete, wenn der Landkreis als Mieter auftrete, seien nicht zufriedenstellend.

KTA Fathmann erklärt, dass bei positiver Beschlussfassung des Antrages, dieser auch auf alleinerziehende Mutter und andere Familien mit Wohnraumproblemen erweitert werden müsse.

Landrat Schulz verdeutlicht, dass der Landkreis bei Vorliegen eines Wohnraumdefizites für geflüchtete Menschen ohnehin gesetzlich verpflichtet sei, umgehend entsprechende Lösungen zu finden, beispielsweise durch Anmietung von Wohnraum durch den Landkreis. Eine derartige Beschlusslage sei daher nicht erforderlich. Derzeit liege dieses Defizit jedoch nicht vor.

KTA von Gottberg betont, dass die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2016 und 2017 mehr Flüchtlinge aufgenommen habe, als alle anderen EU-Partner zusammen. Zudem sei die Lage so, dass die zugewiesenen Flüchtlinge von sich aus nicht im Landkreis Luchow-Dannenberg bleiben wollen.

KTA Dorendorf kritisiert, dass die Eigentumsrechte der Eigentümer beachtet werden müssten.

KTA Klepper äußert, dass es zudem auch Klimafluchtlinge gebe, die nach Deutschland kamen, weil wir durch unsere Art zu leben, deren Lebensgrundlage zerstören würden.

EKR Teske schließt sich den Ausführungen von Landrat Schulz an, dass der Landkreis in der Pflicht sei, Wohnraum anzumieten, sofern ein Defizit vorliege. Um diese Thematik gehe es in diesem Antrag vordergründig. Er hebt weiterhin hervor, dass niemand behauptet habe, dass wir nicht den ernsthaften, dauerhaften Versuch unternommen haben, Flüchtlinge willkommen zu heißen, ihnen bei der Integration zu helfen, hierzu unglaublich viel ehrenamtliches Engagement im Landkreis auf die Beine gestellt haben sowie eine tolle Willkommenskultur geschaffen hätten und man sich bis heute jede Mühe gebe, die Flüchtlinge, die im Landkreis ankommen, bestmöglich zu versorgen und zu integrieren. Er äußert daher sein Unverständnis, dass diese Thematik mit einer derartigen Emotionalität behandelt werde. Der Antrag sei nun ausdiskutiert, da der Landkreis bei Vorliegen eines Wohnraumdefizites verpflichtet sei, Wohnraum anzumieten.

Vorsitzender Mertins lässt über den Antrag abstimmen.

Der Kreistag beschließt, dass der Landkreis als Mieter auftritt für Flüchtlingswohnungen, falls ein Defizit an Wohnungen für geflüchtete Menschen vorliegt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt Ja-Stimmen: 5, Nein-Stimmen: 28, Enthaltungen: 1

KTA Donat informiert, dass dieser Antrag vom 27.11.2017 seinerzeit in den zuständigen Fachausschuss zurück verwiesen worden sei, um ihn dort zu debattieren. Letztlich habe dort jedoch niemand mehr debattieren wollen. Nichtsdestotrotz sei dieser Antrag weiterhin hochaktuell. Er bitte nicht nur um Zustimmung zu diesem Antrag, sondern darüber hinaus, auch um Interesse, dass, wenn die Endlagersuche in die nächste Runde gehe und es zu Entscheidungen in diesem Endlagersuchverfahren komme, die Angelegenheit nicht zurückverwiesen werde und Monate abgewartet werden. Die Zeit müsse genutzt werden, auch um im Ausschuss selbst kundiger zu werden.

Vorsitzender Mertins lasst über den Antrag abstimmen.

Der Kreistag Lüchow-Dannenberg stellt fest, dass die bergtechnische und hydrogeologische Datenlage, die in Gorleben innerhalb von 40 Jahren gezielt mit der Vorfestlegung auf einen Endlagerstandort geschaffen worden ist, sich im Hinblick auf günstige Voraussetzungen für die Endlagerung radioaktiver Stoffe nicht seriös mit den zum Zweck der Ausbeutung von Bodenschätzen erhobenen Daten der Bundesländer und Bergbehörden vergleichen lässt. Dabei sieht der Kreistag im Gegensatz zur BGE ein schwerwiegendes Problem nicht allein in der Unterschiedlichkeit des Datenmaterials und seiner Aufarbeitung, als vielmehr in der Erkundungstiefe, dem Zeitraum und dem Zweck der jeweiligen Explorationen.

Der Kreistag weist darauf hin, dass der Salzstock Gorleben-Rambow nach den ursprünglichen Kriterien nach § 22 des Standortauswahlgesetzes nun aus der weiteren Suche auszuschließen ist, da er durch die Baumaßnahmen für ein Endlager vorgeschädigt ist. Er weist somit erhebliche Einflüsse aus gegenwärtiger oder früherer bergbaulicher Tätigkeit auf, wobei der einschlusswirksame Gebirgsbereich auch über das für den erforderlichen Informationsgewinn unvermeidlichen Ausmaß hinaus, verritz wurde.

Weiterhin fordert der Kreistag die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) auf, das ursprünglich siebte Ausschlusskriterium eines Einbruchssees in einem Salzstock unverzüglich bei ihrer Abwägung zur Anwendung zu bringen und den Standort Gorleben jetzt aus der weiteren Suche auszuschließen. Im Gegensatz zur Beurteilung der 70'er Jahre, als der Salzstock aus politischen Gründen nur bis zur innerdeutschen Grenze betrachtet wurde, muss der Rudower See heute als Subrosions-See im Urstromtal der Elbe über dem Salzstock Gorleben-Rambow aus hydrogeologischen Gründen zum Ausschluss führen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 15, Nein-Stimmen: 0, Enthaltungen: 12

KTA Donat erklärt, dass der Ausschuss für Atomanlagen einstimmig einen Beschlussvorschlag empfohlen habe. Dies liege daran, dass im Fachausschuss über die Formulierungen gesprochen wurde, welche von der Gruppe grüneXsoli im Antrag zu scharf gefasst worden seien. Seitens der Gruppe grüneXsoli könne man die Änderungen in der Formulierung in der Form mitgetragen. Weiterhin teilt er mit, dass Herr Wolfram König berichtet habe, dass die Genehmigungszeiten von 40 Jahren für die Behälter und Lager gewählt worden seien, um den Bürgermeistern in den Standortgemeinden nicht den Eindruck zu vermitteln, dass bei ihnen vor Ort ein Endlager errichtet werde. Es sei unproblematisch diese dann weiter zu verlängern, bis ein Endlager gebaut werde. Dies stimme jedoch in der Form nicht, da die Reaktorsicherheitskommission dem damaligen Antrag ausschließlich nur für 40 Jahre zugestimmt habe. Einem Antrag von 60 Jahren hatte diese nicht zugestimmt, da die sachlichen Grundlagen nicht gegeben seien. Für einen längeren Zeitraum seien tiefergehende Untersuchungen der Behälter bzw. der Lager erforderlich gewesen. Somit gebe es einen Widerspruch der Fachleute. Dies zeige deutlich, die Erforderlichkeit des vorliegenden Antrages. Das nationale Begleitgremium habe erkannt, dass, wenn man eine sorgfältige Endlagersuche betreiben möchte, der Genehmigungszeitraum eines Zwischenlagers keinesfalls ausreichend sei und darüber hinaus nicht nur Nachrüstungen erforderlich seien, sondern gegebenenfalls sogar ein vollkommen neues Konzept.

Vorsitzender Mertins lasst über den Antrag gemäß Ausschuss Atomanlagen und Kreisausschusssitzung abstimmen.

Dringend neue Zwischenlagerkonzepte entwickeln!

Der Kreistag Lüchow-Dannenberg fordert das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau, und Reaktorsicherheit, sowie die bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) auf, durch geeignete Maßnahmen unverzüglich der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die Planungs- und Genehmigungszeiträume sowohl für das Zwischenlager Gorleben, als auch für die Lagerbehälter durch den gesetzlichen Zeitrahmen der Endlagersuche in Zukunft erheblich überschritten werden.

Insbesondere erachtet der Kreistag die Maßnahmen gegen die Einwirkung Dritter im Zwischenlager Gorleben für keineswegs ausreichend und geht davon aus, dass ein derartiges Lager nicht mehr dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik entspricht.

Vor diesem Hintergrund erwartet der Kreistag, dass auf der Basis allgemeiner Gefahrenvorsorge auch bei bestehender Betriebsgenehmigung ohne Verzögerung alles technisch Mögliche unternommen wird, den sicheren Einschluss der radioaktiven Abfälle und den Schutz der Bevölkerung auch über den Zeitraum etlicher Jahrzehnte zweifelsfrei zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang sind auch die Auflagen der Niedersächsischen Atomaufsicht endlich umzusetzen und ein belastbares Alterungsmanagement einzuführen.

Darüber hinaus plädiert der Kreistag dringend dafür, Konzepte für eine sichere Langzeitlagerung zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja-Stimmen. 29, Nein-Stimmen 0, Enthaltungen 0

31. Antrag der Gruppe grüneXsoli vom 20.03.2018: Rückbau der Mauer in Gorleben: Makulatur, Scheinrückzug oder Beseitigung von Spuren?	2018/888
---	----------

KTA Donat schildert den Antrag der Gruppe grüneXsoli. Der Landkreis solle an die BGE mit der Bitte herantreten, beim Rückbau der Mauer, ein Stück um das Erkundungsbergwerk als Beispielstück und zur Dokumentation des Konfliktes, stehen zu lassen.

Vorsitzender Mertins lässt über den Antrag abstimmen

Der Kreistag Lüchow-Dannenberg begrüßt den Rückbau der Mauer, des Natodrahtes und der Wasserwerfer am Erkundungsbergwerk Gorleben. Dieser Schritt war schon lange überfällig. Der Rückbau oberirdischer und äußerer Verteidigungsanlagen kann aber nicht darüber hinweg täuschen, dass in deren Schutz bereits ein unterirdisches Endlagerbauwerk gewaltigen Ausmaßes ohne qualifiziertes Auswahlverfahren errichtet wurde und dass der nun bereits seit Jahrzehnten verritzte Salzstock allen augenscheinlichen Eignungshindernissen zum Trotz auch in das aktuelle Suchverfahren wieder mit hineingeschleppt wird.

Der Kreistag Lüchow-Dannenberg sieht in der aktuell noch bestehenden Mauer aber auch ein Beweisstück für eine verfehlte Energie- und Atomüllpolitik und den berechtigten zivilen Widerstand dagegen. Er fordert deshalb die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH auf, ein beispielhaftes und aussagekräftiges Mauerstück als Mahnmal am Ort stehen zu lassen und so als Denkmal der Demokratie zu erhalten. Aus statischen und ästhetischen Gründen bietet es sich an, hierfür ein Eckstück zu verwenden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen Ja-Stimmen. 13, Nein-Stimmen 12, Enthaltungen 3

32. Antrag der SPD-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 19.02.2018: Vorglühen, Komasaufen. Notaufnahme - Alkoholmissbrauch bekämpfen, Prävention und Jugendschutz stärken	2018/877
---	----------

Abstimmungsergebnis: abgesetzt

**33. Antrag der CDU-Fraktion im Kreistag vom 25.01.2018:
Verwertungsmöglichkeiten von belasteten Böden gemäß LAGA
(Länderarbeitsgemeinschaft Abfall)**

2018/838

Abstimmungsergebnis: abgesetzt

**34. Antrag der Gruppe Elbe-Wendland vom 04.06.2018: Politisch motivierte
Gewalt in Lüchow-Dannenberg**

2018/959

KTA Carmienke thematisiert die Kulturelle Landpartie. Dies sei die wichtigste touristische Veranstaltung im Landkreis und diene als Plattform für Kunst und Kultur. Jedoch sei sie auch ein Ort, an welchen oftmals kritisch über unseren gesellschaftlichen System diskutiert werde. Eine gut funktionierende Demokratie müsse diese Diskussion aushalten. Ein wichtiger Bestandteil der Demokratie sei die freie Meinungsäußerung, jedoch seien dabei auch Grenzen, welche das Grundgesetz vorgebe, einzuhalten, u. a. keine Gewalt gegen Menschen und Besitz. Die Initiatoren der KLP aus Meuchefitz, müssten sich die Frage stellen, welchem Druck, insbesondere die Kinder des Polizisten durch den psychischen Druck ausgesetzt gewesen seien. Die Bedrohung in Hitzacker stelle einen Angriff auf unseren Rechtsstaat dar. Hierzu gehörten auch die zahlreichen Sachbeschädigungen während des Zeitraumes der KLP. Damit sage er nicht, dass die KLP im Zusammenhang mit dieser Bedrohung stehe. Es müsse ein Zeichen gesetzt werden, dass Menschen, welche mit Gewalt gegen unseren Rechtsstaat vorgehen, in Luchow-Dannenberg nicht erwünscht seien. Es stelle sich die Frage, aus welchen Gründen, sich die Initiatoren nicht öffentlich gegen radikale Gewalt aussprechen würden.

KTA Herzog hebt kritisch die Verwendung des Wortes ‚offensichtlich‘ hervor. Es gebe keinerlei Erkenntnis, dass die Taten politisch motiviert gewesen seien. Die im Antrag enthaltenen Mutmaßungen konnten nicht belegt werden. Es sei abenteuerlich, wie die KLP für diesen Vorfall vereinnahmt werde. Weiterhin erklärt er, dass mit der von KTA Carmienke getätigten Äußerung ‚die Meuchefitzer‘, sehr vorsichtig umgegangen werden solle. Es müssten Straftaten nicht selektiert, sondern auch Straftaten von rechts, z. B. ausländerfeindliche Schmierereien genannt werden. Zudem erklärt KTA Herzog, dass das Vorgehen der Meuchefitzer unmöglich gewesen sei, gleichwohl sei jedoch zu sagen, dass diese sich für das Vorgehen entschuldigt hätten. Dies müsse auch zur Kenntnis genommen werden. Am 19.05.2018 sei in sämtlichen Medien von verummten Terroristen die Rede gewesen. Letztlich sei auch aus Sicht der EJZ davon nicht viel übrig geblieben. Hinsichtlich der im letzten Absatz des Antrages genannten ‚Gruppierungen, die hier nicht erwünscht sind‘, sei zu sagen, dass es, z.B. diese völkische Bewegung gebe, von der alle mitkriegen wurden, diese werde jedoch nicht benannt. Das seien echte Staatsfeinde, welche man benennen müsse, jedoch sei hier immer nur die Rede von ‚die Meuchefitzer‘. Er führt weiter aus, dass es auch in der AfD Mitglieder gebe, welche unter diese Kategorie fallen würden. Auch diese seien nicht angesprochen. Genau aus diesem Grund sage er, dass der Antrag auf rechtem Auge blind sei und es sich um Scharfmacherei handle.

KTA Donat äußert seine Verwunderung über den gestellten Antrag, da bisher keinerlei Beweise vorlagen. Das Gericht habe zu entscheiden, ob es sich um strafrechtlich relevante Taten handle, nicht jedoch der Kreistag.

KTA Siemke schildert, dass aus seiner Sicht, der Großteil der Bevölkerung diese Aktionen leid sei und hierdurch auch auswärtige Menschen abgeschreckt werden wurden. In jedem Falle seien Rahmenbedingungen einzuhalten. Hierzu zähle auch die Beschädigung von öffentlichem Eigentum u. a. der Verkehrsschilder. Die Initiatoren der KLP müssten sich die Frage stellen, wie die KLP in den kommenden 10 Jahren aussehen solle.

KTA von Gottberg erklärt gegenüber **KTA Herzog**, dass dieser in seinen Ausführungen die AfD diffamiert habe, indem er behauptet habe, in der AfD gebe es Mitglieder, die am äußersten rechten und volkischen Rand angesiedelt seien und habe somit indirekt gesagt, dass es Mitglieder gebe, die kriminell seien. Er weise diese Diffamierung ausdrücklich zurück. Zudem betont er, dass er in keiner Partei wäre, die völkisch oder rechtsextrem durchsetzt sei.

KTA Fathmann äußert ebenfalls Kritik. Die Familie des Polizisten sei bedrängt worden und sei darüber hinaus wohlmöglich auch für die Zukunft traumatisiert.

KTA Hensel hebt hervor, dass sowohl das Vorgehen in Hitzacker, als auch das Vorgehen der Polizei in Meuchefitz nicht in Ordnung gewesen sei.

KTA Pape informiert, dass die Polizeieinsätze während der KLP tatsächlich steigen würden.

1. Abstimmung - Antrag KTA Donat

Der Landkreis verurteilt Straftaten.

einstimmig beschlossen Ja-Stimmen 18, Nein-Stimmen 0, Enthaltungen 11

2. Abstimmung gemäß Sitzungsvorlage

**Der Kreistag Lüchow-Dannenberg verurteilt die - offensichtlich politischen motivierten
- Straftaten im Zeitraum der Kulturellen Landpartei.**

**Dazu gehören der Brandanschlag auf die KIK- Filiale in Lüchow, sowie die Farbanschläge auf das
Job-Center in Lüchow und auf verschiedene Verkehrsschilder im Kreisgebiet.**

**Anschläge gegen Menschen und/oder Privatbesitz sind nicht Bestandteil einer
demokratischen Streitkultur und werden von dem Kreistag vehement abgelehnt. Der
Kreistag erwartet, dass die Strafverfolgungsbehörden mit der vollen Härte des
Rechtsstaates reagieren.**

**Das Recht auf Demonstrationsfreiheit findet dort seine Grenzen, wo durch die
Demonstrationen auf Menschen in mehr als unzulässiger Weise eingewirkt wird. Der
Kreistag verurteilt die Aktionen im persönlichen Umfeld eines Polizeibeamten in Hitzacker.**

Der Kreistag steht hinter allen, die sich jeden Tag für die Sicherheit unserer Bevölkerung einsetzen.

**Gruppierungen die mit Straftaten für die Abschaffung unseres demokratischen
Staatsystems agieren sind nicht nur in Lüchow-Dannenberg nicht willkommen.**

**Der Kreistag bedauert, dass die Kulturelle Landpartie als touristisch wichtigste
Veranstaltung in Lüchow-Dannenberg durch Straftaten und Aktionen in ein negatives Bild gerückt
wird.**

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja-Stimmen 18, Nein-Stimmen 0, Enthaltungen 11

35. Einwohnerfragestunde (vorauss. 16.00 Uhr)

Vorsitzender Mertins eröffnet die Einwohnerfragestunde um 16.00 Uhr

Es liegen keine Anfragen vor

Vorsitzender Mertins schließt die Einwohnerfragestunde um 16 01 Uhr

36. Mitteilungen und Anfragen;

36.1. Sachstand Breitband (Ständiger TOP)

Es liegt kein neuer Sachstand vor.

Abstimmungsergebnis: Kenntnis genommen

36.2. Anfrage der Gruppe grüneXsoli vom 20.06.2018: Ist ein Audi A 6 als Dienstwagen des Landrats angemessen und noch zeitgemäß?

FDL Schult erläutert, dass der Dienstwagen seit Juli 2017 und noch bis Juli 2019 gefahren werde. Der CO2-Wert liege bei 133g/ km. Den Realwert könne die Verwaltung nicht beziffern, dies sei nur mit Hilfe eines Fachunternehmens möglich. Die Verwicklung von Audi in die Abgasaffäre sei bekannt, jedoch handle es sich hierbei um ein Fahrzeug, das der Verwaltung vorübergehend zur Verfügung gestellt werde. Der Landkreis werde dies nicht weitergehend aufgreifen. Regressforderungen seien ebenfalls nicht vorgesehen. Die Verwaltung prüfe derzeit den zukünftigen Umgang mit klimaschutzfreundlichen Dienstwagen.

Landrat Schulz stellt klar, dass er persönlich keine Einflussnahme auf die Beschaffung dieses Dienstwagens ausübe. Ausschlaggebend für die Beschaffung seien die günstigen Konditionen. Hierüber sei jedoch Stillschweigen vereinbart worden, sodass dies ausschließlich im nicht öffentlichen Teil der Sitzung genannt werden könne

KTA Herzog wünscht die Benennung des Zitates über das Stillschweigen

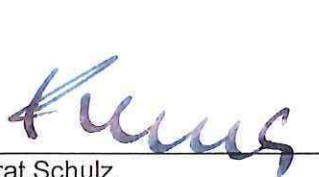
FDL Schult erklärt, dass dieser Passus des Vertrages, dem Protokoll des nicht öffentlichen Teils als Anlage beigefügt werde (**Anlage 1 zum Protokoll**)

Vorsitzender Mertins schließt die öffentliche Sitzung um 18 49 Uhr

Abstimmungsergebnis Kenntnis genommen

Nichtöffentlicher Teil

Vorsitzender Mertins bedankt sich bei den Teilnehmern und schließt die Sitzung.



Landrat Schulz



Vorsitzender Mertins



Protokollführung